

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1897**

131 (19.3.1897) Morgenblatt



# Karlsruher Zeitung.

Morgenblatt.

Freitag, 19. März.

Morgenblatt.

№ 131.

1897.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.  
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 75 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühren eingerechnet, 3 M. 75 Pf.  
Einrückungsgebühr: die gehaltene Zeile über deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.  
Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Btg.“ — gestattet.

## \* Die Abänderungen am Marineetat.

Die stückweise telegraphische Berichterstattung über die Verhandlungen der Budgetkommission des Reichstags, den Etat für die Verwaltung der Kaiserlichen Marine auf das Etatsjahr 1897/98 betreffend, läßt eine genauere Darstellung des Ergebnisses der Beratungen wünschenswert erscheinen. Wir lassen demnach mit Rücksicht auf die heute im Reichstag beginnende Beratung des Marine-etats nachfolgend die Anforderungen der Regierungsvorlage und die zu derselben gestellten Anträge der Kommission in klarer Uebersicht folgen:

### Anträge der Kommission:

Der Reichstag wolle beschließen:

- Die einzelnen Titel und Kapitel des Etats für die Verwaltung der Kaiserlichen Marine mit Ausnahme der unter II. aufgeführten Etatspositionen, sämtlich mit den bei den einzelnen Titeln in Ansatz gebrachten Summen und unter den gebrauchten Bezeichnungen unverändert zu bewilligen.
- Die hier folgenden Etatspositionen mit den aus der nachstehenden Zusammenstellung ersichtlichen Aenderungen zu bewilligen.

### Einmalige Ausgaben.

#### a. Ordentlicher Etat.

#### Vorlage.

#### Beschlüsse der Kommission.

Titel	Vorlage	Beschlüsse der Kommission
Titel 2. Zum Bau des Kreuzers I. Klasse „Ersatz Leipzig“, 3. Rate . . . 4 000 000 M.	unverändert wie die Vorlage unter Aenderung der Ziffern in . . . 3 000 000 M. (abgesetzt sind 1 000 000 M.)	unverändert wie die Vorlage unter Aenderung der Ziffern in . . . 3 000 000 M. (abgesetzt sind 1 000 000 M.)
Titel 7. Zum Bau des Panzerschiffes I. Klasse „Ersatz Friedrich der Große“, 2. Rate 4 000 000 M.	unverändert wie die Vorlage unter Aenderung der Ziffern in . . . 3 000 000 M. (abgesetzt sind 1 000 000 M.)	unverändert wie die Vorlage unter Aenderung der Ziffern in . . . 3 000 000 M. (abgesetzt sind 1 000 000 M.)
Titel 8. Zum Bau des Kreuzers II. Klasse M., 2. Rate 4 000 000 M.	unverändert wie die Vorlage unter Aenderung der Ziffern in . . . 3 000 000 M. (abgesetzt sind 1 000 000 M.)	unverändert wie die Vorlage unter Aenderung der Ziffern in . . . 3 000 000 M. (abgesetzt sind 1 000 000 M.)
Titel 9. Zum Bau des Kreuzers II. Klasse N., 2. Rate 4 000 000 M.	unverändert wie die Vorlage unter Aenderung der Ziffern in . . . 3 000 000 M. (abgesetzt sind 1 000 000 M.)	unverändert wie die Vorlage unter Aenderung der Ziffern in . . . 3 000 000 M. (abgesetzt sind 1 000 000 M.)
Titel 15. Zum Baues Kreuzers II. Klasse O., 1. Rate 1 000 000 M.	zu streichen.	zu streichen.
Titel 16. Zum Baues Kreuzers II. Klasse P., 1. Rate 1 000 000 M.	zu streichen.	zu streichen.
Titel 17. Zum Bau des Aviso „Ersatz Falke“, 1. Rate 500 000 M.	zu streichen.	zu streichen.
Titel 20. Zum Bau eines Torpedodivisionsbootes, 1. Rate 873 000 M.	zu streichen.	zu streichen.
Titel 21. Zur Herstellung von Torpedobooten, 1. Rate 1 800 000 M.	zu streichen.	zu streichen.
Titel 28. Zur artilleristischen Ausrüstung der Kreuzer II. Klasse M. u. N., 2. Rate 2 000 000 M.	unverändert wie die Vorlage unter Aenderung der Ziffern in . . . 1 400 000 M. (abgesetzt sind 600 000 M.)	unverändert wie die Vorlage unter Aenderung der Ziffern in . . . 1 400 000 M. (abgesetzt sind 600 000 M.)
Titel 33. Zur artilleristischen Ausrüstung der Kreuzer II. Klasse O. u. P., 1. Rate 500 000 M.	zu streichen.	zu streichen.
Titel 34. Zur artilleristischen Ausrüstung des Avisos „Ersatz Falke“, 1. Rate 170 000 M.	zu streichen.	zu streichen.
Titel 37. Zur artilleristischen Ausrüstung eines Torpedodivisionsbootes, 1. Rate 30 000 M.	zu streichen.	zu streichen.
Titel 38. Zur artilleristischen Ausrüstung von Torpedobooten, 1. Rate 100 000 M.	zu streichen.	zu streichen.
Titel 46. Zur Torpedoausrüstung der Kreuzer II. Klasse O. u. P., 1. Rate 210 000 M.	zu streichen.	zu streichen.
Titel 48. Zur Torpedoausrüstung eines Torpedodivisionsbootes, 1. Rate 95 000 M.	zu streichen.	zu streichen.
Titel 49. Zur Torpedoausrüstung von Torpedobooten, 1. Rate 700 000 M.	zu streichen.	zu streichen.
Titel 51. Zur Ausrüstung älterer Schiffe mit Maschinenanlagen, 1. Rate 1 500 000 M.	unverändert wie die Vorlage unter Aenderung der Ziffern in . . . 1 000 000 M. (abgesetzt sind 500 000 M.)	unverändert wie die Vorlage unter Aenderung der Ziffern in . . . 1 000 000 M. (abgesetzt sind 500 000 M.)
Titel 61. Zu Vor- und Projektionsarbeiten für den Neubau eines Dienstgebäudes für die obersten Marinebehörden in Berlin . . . 27 500 M.	zu streichen.	zu streichen.
Titel 68. Zur Vergrößerung der Kohlenlager, 3. Rate 350 000 M.	unverändert wie die Vorlage unter Aenderung der Ziffern in . . . 200 000 M. (abgesetzt sind 150 000 M.)	unverändert wie die Vorlage unter Aenderung der Ziffern in . . . 200 000 M. (abgesetzt sind 150 000 M.)
Titel 69. Zur Herrichtung von Lagerplätzen etc. für Materialien zur Schiffsfestheilung, 2. und 3. Rate 429 800 M.	Zur Herrichtung von Lagerplätzen etc. für Materialien zur Schiffsfestheilung, 2. Rate 300 000 M. (abgesetzt sind 129 800 M.)	Zur Herrichtung von Lagerplätzen etc. für Materialien zur Schiffsfestheilung, 2. Rate 300 000 M. (abgesetzt sind 129 800 M.)

## b. Außerordentlicher Etat.

### Vorlage.

### Beschlüsse der Kommission.

Titel 7. Zuschuß zu den ein- und anderwärts wie die Vorlage maligen Ausgaben im ordentl. unter Aenderung der Ziffern lichen Etat . . . 34 794 667 M. in . . . 24 820 000 M. (abgesetzt sind 9 974 667 M.)

III. Die zum Etat eingegangenen Petitionen, soweit sie sich nicht auf Befolgungsvorstellungen beziehen, durch die gefaßten Beschlüsse für erledigt zu erklären.

### Berlin, 17. März.

In einzelnen Tageblättern, u. A. in der „Kölnischen Volkszeitung“ vom 15. d. M., findet sich die Behauptung, daß die Marineverwaltung mit dem von der Budgetkommission bewilligten Gelde so viel erhalten würde, als sie im nächsten Jahre überhaupt zu verbauen vermag. Das genannte Blatt fährt fort:

„Mehr als verbraucht werden kann, zu bewilligen, hat doch gar keinen Zweck. Zwar versichert der Staatssekretär Hollmann, unsere Verften vermöchten Alles zu bauen, was gefordert werde. Aber es sind ja noch jetzt von früheren Bewilligungen über 14 Millionen nicht verbraucht. Da ist doch kaum zu glauben, daß im nächsten Jahre alles Geforderte verbraucht werden könne.“

Dieser unrichtigen Behauptung muß entschieden entgegengetreten werden. Wie wir aus sicherer Quelle erfahren, wird am Schluß des laufenden Etatsjahres jeder Heller der bisher für Schiffbau bewilligten Mittel verbaut sein, ja, es hätte noch mehr verbaut werden können, wenn weitere Mittel vorhanden wären. Daß 14 Millionen nicht verbraucht werden können ist eine irrtümliche Behauptung, deren Quelle kennen zu lernen von Interesse sein würde.

Die für Folgeraten seitens der Marineverwaltung beantragten Mittel würden im kommenden Jahre mit absoluter Sicherheit verbaut werden. Ihre Kürzung in der Budgetkommission kann mit den Ausführungen der „Kölnischen Volkszeitung“ ebensovienig begründet werden, wie mit der von den oppositionellen Parteien behaupteten schlechten Finanzlage des Reichs. Die Kürzung hat zur Folge, daß der Bau der durch die Bewilligung in den Vorjahren als notwendig anerkannten Schiffe unnötig verzögert und verteuert wird und daß die Schiffe infolge ihrer hinausgeschobenen Fertigstellung erst später in Gebrauch genommen werden können. Auch für unsere Schiffbauindustrie und ihre in nationaler Hinsicht wichtige Entwicklung ist es bedauerlich, daß ihre Leistungsfähigkeit nicht so in Anspruch genommen wird, wie dies in ihrem Interesse liegt und in anderen Ländern geschieht.

### Zur Lage im Orient.

\* Es hieß die Leistungsfähigkeit der europäischen Orientaktion ungebührlich niedrig einschätzen, wollte man jetzt noch, nachdem sie für Kreta die Errungenschaft der Autonomie, allerdings unter Beibehaltung der Oberherrlichkeit des Sultans, durchgesetzt hat, behaupten, Europa sei den Schwierigkeiten der Lage nicht, oder doch nur unvollkommen gewachsen. Es ist wahr, daß noch vieles, sehr vieles fehlt, bis im Orient Zustände geschaffen sein werden, welche die Bürgschaft der Dauerhaftigkeit und des normalen Entwicklungsvermögens gewähren, allein es ist ja auch keine Rede davon, den Orient nunmehr sich selbst zu überlassen und somit der Anarchie zu überantworten, sondern er soll Schritt für Schritt unter Kontrolle der Mächte einer Neuordnung entgegengeführt werden, wie sie den wohlverstandenen Interessen der dortigen Bevölkerung entspricht und in den Rahmen der europäischen Friedenspolitik paßt. Das Eine schließt das Andere nicht nur nicht aus, sondern beides bedingt sich gegenseitig. Würde Europa den Griechen freie Hand gelassen haben, so wäre die Möglichkeit einer allgemeinen Konflagration wahrscheinlich entweder schon eingetreten oder ihr Eintritt doch jeden Augenblick zu gewärtigen, während der Anblick des festen und geschlossenen Vorgehens der Mächte jetzt den unruhigen Elementen eine strenge Zurückhaltung auferlegt und ihnen die Erkenntnis beibringt, daß es doch ein gewagtes und unfruchtbares Beginnen ist, gegen den Willen Europas im Orient Vorsehungen spielen zu wollen.

Die Verkündigung der Autonomie Kretas eröffnet einen neuen Abschnitt des im Orient begonnenen diplomatischen Werkes. Das in der ganzen Türkei reger Reformbedarf ist kann und muß sich jetzt in Gebuld fassen, damit auf Kreta dasjenige Maß praktischer Erfahrungen gesammelt werden kann, welches die Vorbedingung für eine gedeihliche Reformpolitik auch in den anderen Provinzen des ottomanischen Reichs bildet. Denn die Zeit der bloß papiernen Reformen ist vorbei, es muß sich jetzt zeigen, ob die Türkei noch so viel Lebenskraft besitzt, um den Uebergang zu einem modern organisierten und verwalteten Staatswesen durchzuführen zu können. Man braucht kein Pessimist zu sein und kann doch mit einem gewissen Herzklappen den Wechselstücken entgegen sehen, welche im Verfolg

des europäischen Reformprogramms sicher nicht ausbleiben werden. Daß dem auf und mit Kreta zu machenden Versuch keine Hindernisse in den Weg gelegt werden, ist zu verhüten Aufgabe der großmächtlichen Geschwaderkommandeure. Die Autonomieverfassung, deren Ausarbeitung dem österr. ungar. Vorkämpfer in Konstantinopel übertragen worden sein soll, kann ihrem Zweck, geordnete Verhältnisse auf der Insel zu schaffen und zu entwickeln, nur dann genügen, wenn sie eine Regierung schafft, die stark genug ist, ihre Autorität den ungeberdigen, zuchtlosen Elementen der Bevölkerung gegenüber nötigenfalls zwangsweise zur Geltung zu bringen und desgleichen etwaigen Versuchen, von außen her die hellenistische Propaganda zu schüren, einen nachhaltigen Riegel vorzuschieben. Die Entwurfung, Verabredung, Genehmigung und Verkündigung einer verfassungsmäßigen Selbstverwaltung ist selbstredend kein Werk des Augenblicks, sondern will Zeit haben, und inzwischen bleiben die großmächtlichen Geschwader vor Kreta mit der Fürsorge für Herstellung und Aufrechterhaltung von Ruhe und Frieden betraut. Bei der allseitigen prinzipiellen Uebereinstimmung ist an der praktischen Verständigung von Fall zu Fall nicht zu zweifeln; die Schwierigkeiten beruhen nur in den Verhältnissen, aber daß dieselben stärker sein könnten, als der Wille Europas, erscheint ausgeschlossen, so lange letzterer fortfährt, sich in der bisherigen entschlossenen Weise zu betätigen. Zu müßiger Beschaulichkeit erscheinen die Zeitläufte allerdings nicht angethan; auf der Balkanhalbinsel liegt eine Menge Brandstoff angehäuft und das Frühjahr steht vor der Thür. Europa wird daher stets bereit sein müssen und gegebenenfalls nicht zögern dürfen, aus seinem bisherigen Verhalten die weiteren Folgerungen zu ziehen.

### (Telegramme.)

\* Paris, 18. März. Der zwangsweise pensionierte Schiffskommandant Picard des Tulas ersuchte den Marineminister um die Erlaubnis, in griechische Dienste eintreten zu dürfen.

\* Norwid, 18. März. Harcourt hielt hier gestern eine Rede, in welcher er im Namen der britischen Regierung dagegen Einspruch erhob, daß Großbritannien gegen seinen Willen zur Theilnahme an einer Politik gezwungen werde, deren einziger praktischer Erfolg der Untergang Armeniens und Zwangsmaßnahmen gegen Griechenland gewesen seien.

\* Athen, 18. März. Anscheinend wird die Blockade der griechischen Häfen für die nächste Zeit nicht stattfinden. In sehr einflußreichen Kreisen Athens soll eine friedliche Lösung der gegenwärtigen Schwierigkeiten ernstlich gewünscht werden.

\* Athen, 18. März. Der Korrespondent des „Journal“ meldet von hier, Seine Majestät der König habe gestern erklärt, er sei entschlossen es auf das Aeußerste ankommen zu lassen.

\* Athen, 18. März. Zur Verbindung mit Kreta ist ein Nachrichtenübermittlungssystem mittelst des optischen Telegraphen eingerichtet. — Griechenland ist über eine event. Blockade der griechischen Häfen noch keine Nachricht zugegangen. — 1000 aus Ostrumelien eingetroffene griechische Freiwillige wurden begeistert empfangen. — Die Kammer nahm ein Gesetz an, durch welches die gerichtlichen Fristen aufgehoben werden.

\* Athen, 18. März. Die „Aithy“ sagt in einer Besprechung der Rede Freycinet's im französischen Senat, Griechenland sei genötigt, für die nationale Ehre zu kämpfen. Es werde vorwärts gehen, wie Frankreich nach der Niederlage von 1870. Selbst besiegte werde es wie Frankreich seinen Ruf retten. Im Falle einer Blockade der griechischen Häfen stellen sich die Mächte vor das Dilemma, sich entweder zu Verbündeten der Türkei zu erklären oder als Zuschauer einem Zweckkampfe beizuwohnen, dessen Ausgang nicht so sicher sei, wie Europa zu glauben scheine.

\* Ganea, 18. März. Die Bekanntmachung betreffend die Errichtung der Autonomie auf Kreta gibt der Bevölkerung der Insel kund, daß die Mächte in dem Streben einer Heilung der Uebel, welche Kreta heimjuchten, herbeizuführen und ihre Wiederholung zu verhindern, in gemeinschaftlichem Einvernehmen Maßregeln ergreifen, die bestimmt seien, das autonome Regime zu regeln, Veruhigung herbeizuführen, jedem ohne Unterschied der Rasse und Religion die Freiheit und Sicherheit des Eigentums zu verbürgen und die Wiederaufnahme der ländlichen Arbeiten und des Handels, sowie die fortschreitende Entwicklung der Hilfsquellen des Landes zu erleichtern. Die Mächte wünschen, daß diese Sprache von allen verstanden werde. Ein neuer Zeitabschnitt beginne für Kreta; mögen alle die Waffen niederlegen. Die Mächte wollen Frieden und Ordnung. Im Nothfalle werden sie das nötige Ansehen besitzen, um ihren Beschlüssen Achtung zu verschaffen. Sie rechnen auf die Mitwirkung der christlichen und muhamedanischen Bevölkerung, um sie zu unterstützen bei der Durchführung des Werkes, das den Kretern Eintracht und Wohlergehen zu sichern verspricht.







5. **Willingen**, 16. März. Die hiesige städtische Spar- und Kassenkassa hat im Rechnungsjahr 1896 einen Reingewinn von 67 848,44 M.; das reine Vermögen der Kasse beträgt 468 806 M. Neu eingelegt wurden 1 724 207 M., rückbezahlt wurden an Einlagen 1 767 874 M. Der Reservefond beträgt 349 996 M., die Zahl der Einlagen 6 139 M. — Der hiesige Vorschussverein hatte einen Reingewinn von 14 198 M. und verteilt eine Dividende von 6 Proz. Der Reservefond des Vereins beträgt 50 000 M., der Spezialreservefond 5 000 M. Der Umsatz betrug 14 059 120 M. Mitglieder zählt der Verein 369.

### Deutscher Reichstag.

Berlin, 18. März.

(Telegraphischer Bericht.)

Am Bundesrathstisch die Staatssekretäre v. Marschall-Bieberstein, Hollmann und v. Boetticher.  
Der Auslieferungsvertrag zwischen dem Reich und den Niederlanden wird in dritter Lesung ohne Debatte angenommen. Es folgt die Beratung des schlesischen Antrages Dr. Lieber u. Gen., den Reichstanzler zu ermächtigen, diejenigen Maßnahmen nach vor der endgültigen Feststellung des Etats für 1897/98 zu treffen, die die Umformung der vierten Batallione angehen.

Abg. Dr. Lieber (Ctr.) begründet den Antrag, der von beinahe allen Parteien des Hauses unterstützt sei. Der Etat dürfe vor dem 1. April nicht abgeschlossen werden können. Um nun die nötigen Geldmittel für diese Umformung rechtzeitig bereit zu stellen, sei die Zustimmung des Hauses erforderlich.

Staatssekretär Dr. v. Boetticher dankt im Namen der Reichsverwaltung für das Entgegenkommen der Antragsteller. Auch der Bundesrath dürfte den Antrag freudig begrüßen. Der Antrag wird sodann mit einem redaktionellen Zusatz angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Etats: Etat für die Verwaltung der Kaiserlichen Marine auf Grund des mündlichen Berichtes für den Reichshaushalt. Die Beratung erfolgt in derselben Reihenfolge, wie in der Kommission, und zwar zunächst bei Kapitel: Einmalige Ausgaben, erste Raten. Die Kommission beantragt die bekannten Streichungen vorzunehmen. (Staatssekretär Graf Posadowsky und zahlreiche Kommissare betreten den Saal.)

Abg. Dr. Lieber (Centr.) referirt über die Verhandlungen der Kommission. Die Forderungen des Etats hätten allenthalben große Erregung hervorgerufen. Die in der Kommission zur Verfügung gestellten Nachweisungen, so dankenswerth ihre mühsame Zusammenstellung auch sei, wä re doch inhaltlich eine erhebliche Ueberrückung für die Mitglieder der Kommission gewesen. Wie weit diese Nachweisungen den Charakter einer Denkschrift tragen, läßt sich aus den bekannten Mittheilungen entnehmen, die am 8. d. M. der Reichstanzler in der Kommission machte. Redner verliest die, sowie die entsprechenden Erklärungen des Staatssekretärs Grafen Posadowsky. Nach diesen Erklärungen konnte es sich nicht um eine Denkschrift oder eine Anlage zum Etat handeln, sondern nur um eine Mittheilung informatorischen Charakters. (Der Reichstanzler hat inzwischen den Saal betreten.) Redner bespricht den Flottengründungsplan von 1873, in dem als Zweck der Flotte neben dem Schutz des Handels und der Küsten doch auch die Entwicklung des eigenen offensiven Vermögens angegeben war. In der Kommission wurde die Frage lebhaft verhandelt, ob die Ausdehnung dieses offensiven Vermögens die Aufgabe unserer Flotte sein könnte. Die Frage ist von der einen Seite ebenso lebhaft bejaht worden, wie von der anderen verneint. Auch müsse man sich fragen, ob es rechtlich zulässig sei, die Panzerschiffe durch Dreie in die Kreuzerklasse zu versetzen, nachdem diese Panzerschiffe doch auf Grund eines Beschlusses des Reichstages als solche erbaut worden waren. Der Berichterstatter wendet sich nunmehr zu der finanziellen Seite der Sache. Der Schwerpunkt liege hierbei in den Anforderungen, die für die Zukunft zu stellen wären. Der Flottenplan von 1873 fändigte weitere Forderungen von 130 000 000 Mark an. Aus diesen sind bis jetzt 647 000 000 M. ge-

worden, die wir im Laufe der Jahre bewilligt haben. Die weitere Entwicklung droht ähnlich zu werden. Hierzu kommt noch die ungeheure Erhöhung der fortlaufenden Ausgaben des ordentlichen Etats. Bei dem allseitigen Anschwellen dieser Ausgaben würden sie sich bis 1901 um 20 000 000 M. steigern. Es wurde uns bei der Reichsfinanzreform dringend nahegelegt, nicht auf schwankende Einnahmen dauernde Mehrausgaben festzusetzen. Die Kommission glaubt, trotz der Streichungen schon genug Geld der Marineverwaltung zur Verfügung gestellt zu haben.

Reichstanzler Fürst zu Hohenlohe: Die Forderungen des Etats haben zu lebhaften Erörterungen Anlaß gegeben. Ich halte es für nötig, noch einmal die allgemeinen Gesichtspunkte zusammenzufassen. Die Nothwendigkeit einer deutschen Kriegsflotte kann ich glücklicherweise als ein Axiom bezeichnen. Ich bezweifle, daß es Politiker gibt, die an ihrer Nothwendigkeit noch zweifeln. Das neue Reich, begründet auf der Arme, rückte in eine Stellung ein, die, einmal erworben, nicht ohne Gefährdung vitaler Interessen aufgegeben werden darf. Hieraus folgt die Nothwendigkeit einer Kriegsflotte. Im Leben einer Nation sind ideale und materielle Interessen verbunden. Die Entfaltung von Macht ist die Vorbedingung für die Entwicklung von Handel und Industrie. Aus diesem Gesichtspunkt sind die Forderungen zu beurtheilen. Wir müssen sorgen, daß es Niemand als eine leichte Aufgabe betrachten darf, uns in unserer Entwicklung zu führen. In den Fortschritten der Technik und dem Anwachsen der Flotten anderer Mächte liegt ein weiterer Grund zu Neuerungen. Unsere Flotte ist augenblicklich den modernen Anforderungen nicht gewachsen. Ich bitte Sie dringend, die Forderungen zu bewilligen. Wir können uns noch lange nicht den Forderungen entziehen, zu Lande und zu Wasser allem gewachsen zu sein. Die verbündeten Regierungen glauben behaupten zu können, daß sie in ihren Forderungen der finanziellen Lage voll gerecht geworden sind. Je schneller wir unser Ziel erreichen, desto größer wird das Gewicht sein, das wir zum Schutze des Friedens in die Waagschale zu werfen in der Lage sind. (Beifall.)

Staatssekretär Fürst v. Marschall: Die Forderungen selbst sind wenig bestritten. Es handelt sich um die Geldfrage. Die Nothwendigkeit einer starken Kriegsflotte beruht auf rein praktischen und realen Gesichtspunkten, und nur auf diesem Boden wird eine fruchtbare Diskussion möglich sein. Der Kampf der Meinungen draußen im Lande läßt es vergessen, daß es eine gemeinsame Sache ist, um die es sich handelt. Ihre Kommissionsbeschlüsse haben es nicht überall verstanden, die goldene Mittelstraße einzuhalten. (Bewegung.) Man hat das Wort »Weltpolitik« als ein Schreckensgepenst in den Kampf geworfen, aber ich sage: Wange machen gilt nicht. (Zustimmung und Heiterkeit.) Ob Deutschland Weltpolitik treibt, hängt davon ab, ob wir Weltinteressen haben, und diese Frage ist längst ohne Bundesrath und Reichstag entschieden worden. Der deutsche Kaufmann, der deutsche Arbeiter haben Weltinteressen. In diesem Sinne müssen wir Weltpolitik treiben. Wer unserem politischen Leben fern steht, muß staunen über den großen Apparat, der pro und contra in Bewegung gesetzt wird. Es handelt sich doch im wesentlichen nur um Ersatzbauten. Die Denkschrift ist vom Reichstanzler in der Budgetkommission in ihrer Bedeutung gekennzeichnet worden. Sie trägt nicht die Genehmigung der verbündeten Regierungen. Gerade diese Denkschrift entlastet die verbündeten Regierungen von dem Vorwurfe uferloser Flottenpläne. Seit 1873 haben sich unsere überseeischen Interessen entwickelt. Das Schutzbedürfniß ist gestiegen. Er erinnere an Samoa, wo uns nur eine geringe Machtentfaltung möglich war. Dazu komme die ungeheure Entwicklung unserer Handelsflotte und die Zunahme der Auswanderung. Wir haben heute alles in allem nur 15 fertige Kreuzer für den auswärtigen Dienst, eingerechnet die drei Panzerschiffe. Wenn der Kommissionsbeschuß angenommen wird, wird eine neue Lücke geschlossen. Der auswärtige Dienst kann nicht pausieren. Die Abnutzung der Schiffe, die Entwicklung unserer überseeischen Verhältnisse machten keinen Halt. Lassen wir das Werkzeug verrotten, so ergeben wir uns der unverantwortlichsten Verschwendung. Die Konkurrenz der deutschen Industrie wird im Auslande immer mehr empfunden. Man ergreift Schutzmaßnahmen gegen uns, wie in Nordamerika. Hieraus ergibt sich die Pflicht, immer neue Länder unserem Verkehr zu erschließen. Die Frage des steigenden Exportes ist nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine soziale Frage bei einem Lande von so schnell steigender Bevölkerung. In China hätten diplomatische Noten und schöne Worte nur geringen Werth. Aber wir haben auch ideale Interessen, den Schutz der Mission, der eine Ehrenpflicht des deutschen Volkes ist. (Beifall im Centrum.) Als neulich ein deutsches Schiff nach Kreta gesandt wurde, haben wir lebhaften Tadel gefunden wegen der geringen Beteiligung. (Unruhe links.) Aber wir haben an der Aktion theilgenommen zur Erhaltung des europäischen Friedens. Eine andere Frage ist aber, ob die Zustände sich dort bald beruhigen werden, wo wir hören müssen, daß die Christen wehrlose Muselmanen überfielen. Wo sind dann die Kreuzer, die wir dorthin senden könnten? (Beifall.) Es ist in der Hitze des Streites mancher vergiftete Pfeil abgegeben worden, der besser im Köcher geblieben wäre. Ich halte die Beschlüsse der Kommission zum Theil für schädlich, aber ich lege der Kommission nur ehrenhafte Motive unter. (Beifall.) Möge über allen Beratungen der Reichsgedanke schweben! Ich bitte Sie, bewilligen Sie besonders die neuen Kreuzer. (Beifall.)

Staatssekretär Hollmann: Gestatten Sie mir, den Standpunkt der Marineverwaltung darzulegen. Ich muß noch einmal feststellen, daß meine Niederschrift nur einen informatorischen Charakter trägt. Die Erfahrungen mit früheren Denkschriften ermutigen in keiner Weise, mit einer neuen Denkschrift zu kommen. Die Regierung und der Reichstag würden sich ja doch nicht darauf festlegen lassen. Uebrigens hat sich das Haus Anfang der 80er Jahre mit der

Durchführung des Flottenplanes von 1873 ganz einverstanden erklärt. Ich erinnere ferner daran, was der Reichstag in den folgenden Jahren darüber hinaus bewilligt hat. Der Marine sind aber neue Aufgaben entstanden und diese bringen neue Forderungen mit sich. Ich war verblüfft über die Entrüstung, die meine Niederschrift erweckt hat. Darin sind keine uferlosen Flottenpläne verwickelt. Beachten Sie die militärische Invalidität der Schiffe, den Werth der Schiffe, die erneuert werden sollen, und ihre Zahl. Die militärische Invalidität der Schiffe tritt früher ein als ihre Seemüchtigkeit. Nach 25 Jahren ist ein Kriegsschiff invalide. Niemand bedauert es mehr als die Marineverwaltung, daß die Schiffe so theuer sind. Aber billiger kann nicht gebaut werden, ohne die Leistungsfähigkeit zu beeinträchtigen. Was endlich die Zahl der Schiffe angeht, so habe ich das große Wort ausgesprochen, daß zu unserem Küstenschutz keine Flotte nötig ist. Aber wollen wir die Besitzhaltung unserer heimischen Meere, so brauchen wir dazu eine Hochseeflotte. Sonst müssen wir uns von unseren eigenen Gewässern schmächtig zurückziehen. Zur Hochseeflotte gehören natürlich nicht nur Panzer, sondern auch Kreuzer, Aviso's und Torpedos. Wenn wir bei der geringen Stärke unserer Flotte anderen Flotten gegenüber nicht das beste Material haben, können wir nichts ausrichten. (Beifall rechts.)

Darauf spricht Abg. v. Kardorff (Reichsp.) für die Bewilligung der Kreuzer.  
Ja der Hofloge wohnte der Chef des Marinekabinetts, v. Senden, der Sitzung bei.

### Verschiedenes.

† **München-Grabbach**, 18. März. (Telegr.) Zur Erinnerung an Kaiser Wilhelm den Großen stifteten, laut „Berl. Lok.-Anz.“, die Großindustriellen Paul und Emil Schoett in Rhehdorf 50 000 M. als Grundstock für eine Unterkunfts-kasse ihrer Arbeiter.

† **Essen a. R.**, 18. März. (Telegr.) Bei der Explosion auf Zeche „Pluto“ wurden acht Bergleute getödtet. Die Bergung der Leichen erfolgte sofort. Der Betrieb ist in keiner Weise gestört.

† **New-York**, 18. März. (Telegr.) Die „World“ aus Havana meldet, soll ein Militärzug beim Passiren einer engen, tiefen Schlucht, südlich von Panteclaria, Provinz Pinar del Rio, durch Dynamit in die Luft gesprengt worden sein. Etwa 250 Personen seien getödtet worden.

### Großherzogliches Hoftheater.

Sonntag, 21. März, 17. Vorst. außer Ab. (Mittelpreise.) In festlich beleuchtetem Hause. Festvorstellung. Zur Feier des hundertsten Geburtstages des Kaisers Wilhelm des Großen: „Lohengrin“, große romantische Oper in 3 Aufzügen von Richard Wagner. Anfang 6 Uhr.

Montag, 22. März, 18. Vorst. außer Ab. (Ermäßigte Preise.) In festlich beleuchtetem Hause. Festvorstellung. Zur Feier des hundertsten Geburtstages des Kaisers Wilhelm des Großen: „Siegessymphonie“ von Ludwig van Beethoven. — „Die Hermannschlacht“, Drama in 5 Akten von Heinrich von Kleist. — „Fest-Cytilog“, Anfang 7 1/2 Uhr.

Der Verkauf der Eintrittskarten zu den beiden Festvorstellungen: am Sonntag den 21. März 17. Vorstellung außer Abonnement (Mittelpreise), „Lohengrin“ und Montag den 22. März 18. Vorstellung außer Abonnement (ermäßigte Preise) „Die Hermannschlacht“ findet statt: an die Abonnenten des Großh. Hoftheaters am Montag den 15. März an der Kasse im Vestibule, und zwar zu „Lohengrin“ für die Ab. Abth. A. von 10—11 Uhr Vormittags, für B. von 11 bis 12 Uhr Mittags und für C. von 12—1 Uhr Nachmittags, für „Die Hermannschlacht“ für B. von 11—12 Uhr Vormittags, für C. von 12—1/2 Uhr Mittags und für A. von 1/2—1 Uhr Nachmittags.

Der allgemeine Vorverkauf (an Stelle der Vorverkäufe) von Dienstag den 16. bis einschließlich Samstag den 20. jeweils von 9—12 Uhr Vormittags und von 3—5 Uhr Nachmittags im Vorverkaufsbureau.

**Wetterbericht des Centralbur. f. Meteorol. u. Hydr. v. 18. März 1897.**  
Die tiefe Depression, welche gestern im Westen von Irland erschienen war, ist zwar bis zur Nordspitze von Schottland weiter gezogen, doch hat sie in südöstlicher Richtung gegen Dänemark zu einem Ausläufer enthandt, der in ganz Mitteleuropa warmes Regenwetter verursacht. Das rasche Fallen des Ortsbarometers deutet darauf hin, daß entweder die Depression selbst oder ein Theilminimum sich unserem Gebiete nähert; es sind deshalb vorerst noch weitere Regenfälle zu erwarten. Mit steigendem Barometer wird aber wahrscheinlich unbeständiges und kühlere's Wetter einsetzen.

### Witterungsbeobachtungen der Meteorol. Station Karlsruhe.

März	Barom. in m.	Therm. in C.	Höf. Feucht. in mm.	Beachtig. Feucht. in mm.	Wind	Himmel
17. Nachts 9 U.	747.4	10.4	8.4	91	SW	bedeckt 1)
18. Morgs. 7 U.	747.8	12.2	7.7	74	„	„
18. Mittags. 2 U.	744.9	11.7	9.1	89	„	„

1) Regen.  
Höchste Temperatur am 17. März 15.7; niedrigste in der darauffolgenden Nacht 10.1.

Niederschlagsmenge des 17. März 1.1 mm.  
**Wasserstand des Rheins. Magau, 18. März: 4.32 m, gefallen 10 cm.**

### Stand der Badischen Bank am 15. März 1897.

Aktiva.	
Metallbestand	4 695 788 M. 82 Pf.
Reichskassenscheine	23 430 „
Noten anderer Banken	60 600 „
Wechselbestand	20 894 426 „ 82
Vorbahndforderungen	990 985 „
Effekten	41 762 „ 75
Sonstige Aktiva	1 822 559 „ 87
	28 469 553 M. 26 Pf.

  

Passiva.	
Grundkapital	9 000 000 M. — Pf.
Reservefond	1 680 451 „ 02
Umlaufende Noten	13 869 200 „
Täglich fällige Verbindlichkeiten	3 108 547 „ 90
An Kündigungskrist gebundene Verbindlichkeiten	—
Sonstige Passiva	831 354 „ 84
	28 469 553 M. 26 Pf.

Die weiter Begebenen, noch nicht fälligen deutschen Wechsel betragen 2 733 142 M. 8 Pf.  
Die Direktion der Badischen Bank.

Zur technischen Herstellung sei noch bemerkt, daß die Sockel, Treppen und die ganze Hofarchitektur aus rothem Pfingsthalet Sandstein ausgeführt sind, während die Architektur der Straßenseitigen Facaden aus grau-grünelbem Sulzfelder Sandstein hergestellt ist und die zugehörigen Wandflächen mit rötlichgelben Backsteinen verblendet sind. Die Gemölde zwischen den Wandsteinflächen sind aus Stampfbeton, die der Balken aus Backsteinen mit einer Betonlage darüber.

Die Architektur hat ein erstes Gepräge und lehnt sich in der Formenprache an die toscanischen Renaissancebauten an. Der Bau gibt im Hofe unverfälscht seine Zweckbestimmung kund, er zeigt die bei uns typische Gesängnisfacade, während er in seinen Außenfacaden ganz allgemein den öffentlichen Bau größeren Stils kundgibt.

Mit dem Bau wurde im Mai 1894 begonnen und Anfang April 1897 wird er wohl dem Gebrauche übergeben werden, sobald die Zufahrtsstraßen zu demselben praktikabel sind. Die Kosten des Baues belaufen sich ohne Platz und ohne die Ausgaben für innere Einrichtung auf 565 885 M. 12 Pf., wozu noch rund 8 000 M. für die Herstellung der Hofmauern und das Ueberziehen des Hofes und für die Trottoirs kommen. Die Voranschlagssumme wurde auch bei diesem großen Neubau nicht überschritten. Da das Gefängniß für 124 Gefangene bemessen ist, so kostet eine Gefangeneneinrichtung nach der angeführten Bauweise rund 4 500 M., oder das Kubikmeter Bauroum, die Höhe gemessen vom Kellerboden bis zur Dachtraufoberkante = 22 Mark.

Die Oberleitung und Planfertigung lag in den Händen des Oberbaudirektors Dr. Durm, mit der Bauleitung am Platze war Bauführer Thome beauftragt.

Die Maurer- und rothen Steinarbeiten machten die Bauunternehmer B. Kirchenbauer & Sohn, die helle Steinarbeiten A. Lachenauer in Rirnbach, die Zimmerarbeit Meeß & Nees in Karlsruhe, die Blecharbeit Sticks hier, die Schlosserarbeit Nagel & Weber hier, in die Glaser- und Schreinerarbeiten theilten sich die Geschäfte von Markstahler & Barth, Meinger und Ketterer, in die Ländearbeiten Schönmann und Kling. Das Holzceementdach fertigte Dachdeckermeister Appel hier, die Installationsarbeiten wurden von Busold & Med hier gemacht, die Centralheizung richteten die Gebr. Sulzer in Ludwigshafen-Winterthur ein. Die elektrischen Leitwerke und die Telephonrichtung sind von Grund & Dehmichen hier.



# I. Badische Rothe Kreuz-Geld-Lotterie

veranstalt. vom Bad. Landesverein vom Rothen Kreuz in Karlsruhe für die Zwecke der Verwundeten- u. Krankenpflege im Kriege u. im Frieden.  
**2091 Gewinne im Gesamtbetrage von 34,000 Mark.**  
Hauptgewinne zu Mark 10,000, 5,000, 2,000, 1,000 in barem Gelde.

**Ziehung am 2. Juni ds. Js. Preis des Looses 1 Mark, 11 Loose 10 Mark.**  
Für Porto und Ziehunglisten sind 25 S. mit einzusenden. Versandt auch gegen Nachnahme (25 S. mehr) oder Postanweisung.  
Loose sind zu beziehen: durch den General-Loosvertrieb von **Franz Pecher, Hoflieferant in Karlsruhe, Kaiserstrasse 78, Carl Götz, Lederhandlung, Hebelstrasse 15, Karlsruhe, und die mit Plakaten bezeichneten Verkaufsstellen.** D.293.5

**G. Braun'sche Hofbuchhandlung, Karlsruhe.**  
Soeben erschien in IV. Auflage:  
**„Kaiser Wilhelm I. der Große.“**  
Rückerinnerungen aus dem thatenreichen Leben  
— von der Wiege bis zum Grabe —  
unseres in Gott ruhenden vielgeliebten Monarchen,  
als Mensch, Herrscher und Staatsmann.  
**Gedenkblatt zum hundertsten Geburtstag**  
am 22. März 1897.  
Von  
**Schäffer, Major z. D.,**  
Breslau.  
In elegantem Umschlag mit Bild. Preis: 50 Pfg.  
Der Reingewinn ist für die „König Wilhelm-Stiftung“ bestimmt.  
Vorrätig in allen Buchhandlungen.

Zu Kaufe des Sommers wird in meinem Verlage erscheinen:  
**Die Liegenschafts-Vollstreckung**  
(Zwangsvollstreckung)  
nach dem Reichsgesetze vom Jahre 1897  
in Aktienform  
an einem Rechtsfalle dargestellt.  
Mit einer systematischen Einführung in das Gesetz unter vergleichender Berücksichtigung der derzeitigen preussischen und badischen Vollstreckungsnormen.  
Von Landgerichtsrath **B. Weinger.**  
D.504 (Umfang ca. 5 Bogen.)

**Spinnerei & Weberei Steinen.**  
Die Herren Aktionäre werden hiermit zur  
**elften ordentlichen Generalversammlung**  
auf **Mittwoch den 21. April ds. Js., Vormittags 10 1/2 Uhr,** in das  
**Lokal der Basler Handelsbank, Basel,** zur Behandlung folgender  
Geschäfte eingeladen:  
1. Prüfung und Abnahme des Geschäftsberichts der Direktion mit den Bemerkungen des Aufsichtsrathes.  
2. Prüfung und Abnahme der Jahresrechnung und der Bilanz.  
3. Entlastung der Direktion und des Aufsichtsrathes auf Grund vor- bezogener Berichte und Rechnungen.  
4. Bestimmung über die Verwendung des Reingewinnes und die Höhe der auszuschüttenden Dividende.  
5. Beratung und Beschlussfassung über allfällige an die Versammlung gestellte Anträge.  
Jeder Aktionär, welcher an der Versammlung teilnehmen will, hat sich spätestens am dritten Tage vor dem Versammlungstage durch Hinterlage seiner Aktien bei der **Basler Handelsbank in Basel** zu legitimiren. Hiergegen empfängt er die Eintrittskarte, welche allein zur Theilnahme an der Versammlung berechtigt. Unmittelbar nach der Generalversammlung werden die Aktien gegen die Rückgabe des Hinterlegungsscheines wieder ausgeliefert.  
Steinen, den 17. März 1897.  
Der **Vorsitzende des Aufsichtsraths:**  
**R. Geigh-Merian.** D.495.1

**Geometer = Gesuch.**  
Eine Baugesellschaft sucht zum sofortigen Eintritt für mehrere Monate einen geprüften badischen Geometer.  
D.454.2  
Offerten unter W. Nr. 10 an **G. L. Daube & Co. in Mannheim.**

**Ein Kassenschrank**  
mit Treffer-Einrichtung und großem Bücherraum billig zu verkaufen.  
D.434.2  
Offerten unter Nr. 2264 befördert die Expedition d. Bl.

**Bonny-Fuhrwert,**  
bestehend aus 9-jähr. Doppelponny (starke Wallach, ungar. Vollblut, Rappen) vorz. Gänger, aus d. Bergsteiger, tadellos, auch von Dame gefahr., dazu hochseleg., fast neuer Victoria mit verstellb. Vorder- und Hinterbock, Pferdegeschirr und alles Zubehör zu verkaufen. Gef. direkte Offerten sub **G. B. 900 postlagernd Baden-Baden.** D.505.1

**Bürgerliche Rechtsstreite.**  
Aufsicht.  
D.489.1. Nr. 5339. Vorrath. Auf Antrag der durch die mitbetheiligte Maria Katharina Essig, Ehefrau des Hermann Werner zur Prütische bei Esringen, vertretenen Interessenten: Jakob Friedrich Biegler Witwe, Anna Maria, geborene Essig in Tammertsch, Friedrich Gempff Ehefrau, Maria Barbara, geb. Essig dort, sowie der schon

**G. SCHMIDT-STAUß**  
Karlsruhe,  
154 Kaiserstrasse, gegenüber der alten Grenadier-Kaserne.  
**UHREN & JUWELEN**  
in bekannt schöner und grosser Auswahl.  
**CONFIRMATIONS-GESCHENKE**  
zu besonders billigen Preisen. D.501.1  
Auswahlsendungen nach auswärts zu Diensten.

Mittwoch den 7. April 1897, Vormittags 9 Uhr.  
Mannheim, den 15. März 1897.  
Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Rißel.  
D.484. Nr. 12376. Mannheim. In dem Konkurs über das Vermögen des Eugen Schwab, Inhaber der Firma Julius Schwab & Co. in Mannheim, ist Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen vor Gr. Amtsgericht III, 3. Stod, Zimmer Nr. 18, bestimmt auf  
Freitag den 7. Mai 1897, Vormittags 9 Uhr.  
Mannheim, den 15. März 1897.  
Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Rißel.  
D.481. Nr. 6546. Karlsruhe. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Huttmachers Theodor Zenther hier ist zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin auf  
Dienstag den 30. März 1897, Vormittags 9 Uhr,  
vor dem Gröf. Amtsgericht hier selbst anberaumt.  
Karlsruhe, den 15. März 1897.  
Ragenberger,  
Gerichtsschreiber Gröf. Amtsgerichts.

**Bekanntmachung.**  
D.500. Kleinlauferburg. In dem Konkurs über das Vermögen des Kaufmanns Theodor Gutheinz, Inhaber der Firma Klemeuz Vertsch Nachfolger in Kleinlauferburg, soll die Schlussvertheilung erfolgen. Dazu sind 14,683 M. 99 S. verfügbar. Zu berücksichtigen sind 219 M. 31 S. bevorrechtigte und 30,045 M. 61 S. nicht bevorrechtigte Forderungen. Das Verzeichniß der zu berücksichtigenden Forderungen kann auf der Gerichtsschreiberei des Gröf. Amtsgerichts Siedingen eingesehen werden.  
Kleinlauferburg, den 16. März 1897.  
Der Konkursverwalter:  
Josef Probst.  
Kleinlauferburg, den 16. März 1897.  
D.482. Nr. 4706. Dffenburg. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Bädermeisters Fritz Dold in Dffenburg wird die Ehefrau für berechtigt erklärt, ihr Vermögen von dem ihres Gemannes abzulösen.  
Dffenburg, den 15. März 1897.  
Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: G. Veltz.  
D.492. Nr. 2739. Konstanz. Die Ehefrau des Schuhmachers Anton Felder, Walburga, geborene Hugler von Markdorf, vertreten durch Rechtsanwält Riggler in Konstanz, hat gegen ihren Gemann eine Klage auf Vermögensabsonderung erhoben. Zur mündlichen Verhandlung ist vor Gr. Landgericht Konstanz — Zivilkammer II — Termin auf  
Freitag den 30. April 1897, Vormittags 9 Uhr,  
bestimmt, was zur Kenntniznahme der Gläubiger öffentlich bekannt gemacht wird.  
Konstanz, den 16. März 1897.  
Der Gerichtsschreiber Gr. Landgerichts: Rothweiler.

**Freiwillige Gerichtsbarkeit.**  
Erbeinweisung.  
D.491.1. Nr. 2411. Weßkirch. Die Witwe des Landwirths Johann Mäler alt von Wornsdorf, Sophie, geb. Schweikart von da, hat um Einweisung in Besitz und Gewähr des Nachlasses ihres am 25. Dezember 1896 verstorbenen Gemannes nachgesucht.  
Diesem Ansuchen wird entsprochen, wenn nicht  
binnen 6 Wochen  
Einsprachen hiergegen dahier erhoben werden.  
Weßkirch, den 15. März 1897.  
Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Ballweg.

**Groß. Bad. Staats-Eisenbahnen.**  
Zum badischen Gütertarif ist mit Gültigkeit vom 1. April l. Js. der III. Nachtrag erschienen. Derselbe enthält Entfernungen für die am 1. April l. Js. für den gesammten Güterverkehr zu eröffnende Station **Ringsheim**, sowie die voraussichtlich auf 1. Mai l. Js. für den Güterverkehr in Wagenladungen zu eröffnende Station **Welschingen**, ferner ermähligte Frachtfähige für **Stein-fohlen und Braunfohlen**, wie in der

allgemeinen Güterklassifikation unter Spezialtarif III genannt, **Torf und Torfsohlen**, sowie für **Baumföhle, Rebpföhle (Rebpföhden) und Bohnen-fohlen** über 2,5 m lang, außerdem die früher schon bekannt gegebenen Entfernungen und Ergänzungen des Haupttarifs. Durch die Erhöhung der Stationsentfernung Gumbelshelm-Weizen von 263 km auf 265 km wird eine Frachterhöhung herbeigeführt, die erst am 1. Mai l. Js. in Kraft tritt.  
Der Nachtrag kann durch Vermittelung unserer Güterstationen unentgeltlich bezogen werden.  
Karlsruhe, den 14. März 1897.  
Generaldirektion.

**Groß. Bad. Staats-Eisenbahnen.**  
Mit Gültigkeit vom 1. April l. Js. tritt zum Gütertarif III badische Staats-Eisenbahnen — Badische Nebenbahnen im Privatbetrieb der II. Nachtrag in Kraft. Derselbe enthält Entfernungen für die am 1. April l. Js. für den gesammten Güterverkehr zu eröffnenden Stationen **Ringsheim** und für die voraussichtlich auf den 1. Mai l. Js. für den Güterverkehr in Wagenladungen zu eröffnende Station **Welschingen**, ferner ermähligte Frachtfähige für **Steinfohlen und Braunfohlen**, wie im Spezialtarif III genannt, **Torf und Torfsohlen**, eine Ergänzung des Waarenverzeichnisses des Ausnahmatarifs Nr. 1 Abth. b. durch die Aufnahme von **Baumföhlen, Rebpföhlen, Rebpföhden und Bohnen-fohlen**, sowie die früher schon bekannt gegebenen Entfernungen und Ergänzungen zum Haupttarif.  
Der Nachtrag kann durch Vermittelung der Güterabfertigungsstellen unentgeltlich bezogen werden.  
Karlsruhe, den 15. März 1897.  
Generaldirektion.

**Groß. Bad. Staats-Eisenbahnen.**  
In der Zeit vom 28. April bis 9. Mai l. J. findet in Berlin eine Große Allgemeine Gartenbau-Ausstellung statt. Für die angebotenen und unverkauft bleibenden Gegenstände wird auf den diesseitigen Strecken unter den üblichen Bedingungen frachtfreie Rückbeförderung gewährt.  
Karlsruhe, den 16. März 1897.  
Generaldirektion.

**Groß. Bad. Staats-Eisenbahnen.**  
Die Arbeiten zur Herstellung einer **Fahrgastgebedachung** an Stelle der Schieferbedachung der Güterhalle auf den Stationen:  
Im beil. Anschlag von Mart  
1. Königshofen 1350  
2. Zaubersbüschhofheim 1350  
3. Bronnbach 850  
4. Wertheim 1900  
sind zu vergeben.  
Die Bedingungen und Pläne sowie die Arbeitsverzeichnisse, in welche letztere die Bewerber die Einzelpreise selbst einzusetzen haben, liegen auf meinem Geschäftszimmer zur Einsicht auf.  
Die bezüglichen Angebote sind bis längstens den **30. März d. J., Vormittags 9 Uhr**, portofrei mit entsprechender Aufschrift versehen anher einzureichen.  
Zuschlagsfrist drei Wochen.  
Karlsruhe, den 11. März 1897.  
Der Gröf. Bahnd. Inspektor.

**Flussarbeiten.**  
Wir bedingen die folgenden Uferarbeiten mit den Vorarbeitenungen des Bauwerks an dem Weichsel nach Maßgabe der für das öffentliche Verdingungswesen geltenden Bestimmungen:  
1. Uferbau oberhalb der Gumbelshauer Brücke, 485 m lang.  
2. Uferbau oberhalb dem Daagener Wehr, 300 m lang.  
3. Ufer- und rechtsseitiger Uferbau unterhalb dem Daagener Wehr, 416 m lang.  
4. Uferbau zwischen der Daagener und Thuninger Brücke, 926 m lang.  
5. Ufer- und rechtsseitiger Uferbau oberhalb der Bräcker Brücke, 783 m lang.  
umfassend zusammen:  
Erdbau 21315 cbm,  
Pflasterarbeit 13745 qm,  
maße Traverfen 452 cbm,  
Steinbänder 1032 m,  
ohne Steinlieferung.  
Bezügliche Angebote, wozu Formulare von uns bezogen werden können, sind bis längstens  
**Dienstag den 23. März l. J.,**  
**Vormittags 11 Uhr,**  
auf unserem Geschäftszimmer einzureichen, wofür Pläne, Bedingungen und Arbeitsverzeichnisse eingesehen werden können.  
Die Zuschlagsfrist beträgt 3 Wochen.  
Vorrath, den 8. März 1897.  
Gröf. Wasser- und Straßenbau-Inspektion.